

Hunger auf Land: Landgrabbing weitet sich rapide aus

Ein neuer Run auf Land in ausgerechneten Regionen, in denen die Zahl der Hungernden alarmierend gestiegen ist, lässt aufschrecken. Paul Bendix, Geschäftsführer von Oxfam Deutschland e.V., und Frank Braßel, Leiter der Mahlzeit-Kampagne bei Oxfam Deutschland, beleuchten die Hintergründe des modernen Landgrabbing und zeigen Alternativen auf.

Die Landwirtschaft gilt gemeinhin als ein wenig dynamischer Sektor, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Doch der neue Boom von - überwiegend ausländischen - Investitionen in landwirtschaftliche Nutzflächen stellt alles Bisherige in den Schatten. Nach den vorläufigen Ergebnissen einer Untersuchung von Oxfam und diversen internationalen Forschungseinrichtungen, der „Land Matrix Partnership“, wurden in den vergangenen zehn Jahren bis zu 227 Millionen Hektar Land in Entwicklungsländern verkauft oder langfristig verpachtet - mit rasant steigender Tendenz in den vergangenen beiden Jahren. Insgesamt entspricht das etwa der Größe von Westeuropa. Mehr als die Hälfte dieser Transaktionen betrifft Afrika südlich der Sahara.

Sind dies die dringend benötigten und lang ersehnten Investitionen in die Landwirtschaft, die Bauernorganisationen, Hilfswerke und die Weltbank immer energischer fordern? Keineswegs – und leider ist dieser neue Run auf Land auch eher eine Ursache als eine Lösung für die aktuelle globale Ernährungskrise. Der Investitionsboom hat vielfach zu Vertreibungen ländlicher Bevölkerungsgruppen geführt, deren Existenz von einem gesicherten Zugang zu Land abhängt.

In vielen konkreten Fällen, die in dem neuen Oxfam-Bericht „Land and Power“ dokumentiert sind, muss von einer brutalen Landnahme durch internationale Investoren - in der Regel geschützt durch nationale Behörden - gesprochen werden. Die in den jeweiligen Gebieten siedelnden Bauernfamilien, Nomaden oder indigenen Bevölkerungsgruppen werden vertrieben, fast immer ohne adäquate Entschädigung.

Typisch ist ein Fall aus Uganda: Im Jahr 2005 erteilte die Nationale Waldbehörde NFA ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung der britischen New Forests Company (NFC) eine Lizenz zur Errichtung einer Eukalyptus- und Pinien-Plantage in den Bezirken Kiboga und Mubende. Mehr als 20.000 Anwohnerinnen und Anwohner verloren in zwei großen Vertreibungswellen im Februar und Juli 2010 ihr Land und ihr Einkommen. Augenzeugen berichteten Oxfam von brutalen Übergriffen auf die Bevölkerung durch Mitglieder der ugandischen Streitkräfte und der Polizei. Die NFC rühmt sich gerne ihrer „sozial orientierten und zukunftsfähigen Forstwirtschaft“ und erhält Kredite von der Weltbank-Tochter IFC sowie der Europäischen Entwicklungsbank. „Alle unsere Pflanzungen wurden niedergemacht. Wir haben Bananen und Cassava verloren, wir haben alles verloren. Bis heute lassen sie uns nicht zu unseren Häusern, um unsere Habseligkeiten zu holen. Sie haben mir gesagt, sie würden mich schlagen, wenn wir nicht verschwinden würden“, erinnert sich Christine aus dem Dorf Kayindiindi in Kiboga.

Die meisten Menschen in der Region haben das Land seit Jahrzehnten bewirtschaftet, teils mit, teils ohne formale Rechtstitel - wie in vielen Teilen der Welt üblich. Der Fall ist vor dem Obersten Gerichtshof Ugandas anhängig, doch die Fakten sind geschaffen, und die Justiz ist langsam, insbesondere, wenn es um schwächere Glieder der Gesellschaft geht. Davon können viele Menschen in Mubende ein Lied singen, die bereits vor mehr als zehn Jahren

von den lokalen Behörden vertrieben wurden, damit dort Kaffeepflanzen gezogen wurden - für die Neumann Gruppe mit Sitz in Hamburg, dem weltweit größten Rohkaffeehändler.

Noch dramatischer ist die aktuelle Situation im Tal von Bajo Aguán, einer der fruchtbarsten Regionen von Honduras. Hier hatten vor fast 50 Jahren Kleinbauern neues Land im Zuge der Agrarreform erhalten. Unter teilweiser Missachtung der nationalen Gesetze hat sich in jüngster Zeit aber die Unternehmensgruppe Dinant mit Palmölplantagen im Tal ausgebreitet. Während die Firma zunächst im Nahrungsmittelgeschäft aktiv war, steht zunehmend die Biospritproduktion im Mittelpunkt des ökonomischen Interesses - ein schnell wachsender Sektor mit lukrativen Absatzmärkten in Europa und den USA. Bauern, die gegen den Landraub im Bajo Aguán protestierten, wurden vielfach Opfer brutaler Gewalt. Der Fall erregte international Aufmerksamkeit, die französische EDF Trading kündigte ihren Vertrag mit Dinant, die deutsche DEG zog ihre Kreditzusagen von 20 Millionen Euro im April zurück. Die honduranische Regierung hat kürzlich ein Übereinkommen zwischen Dinant und Bauern ausgehandelt, doch der Konflikt geht weiter: Zwischen Januar 2010 und Oktober 2011 sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen 40 Bewohnerinnen und Bewohner des Bajo Aguán wegen des Streits ermordet worden.

Der Run auf das Land setzte mit der Preisexplosion bei Nahrungsmitteln in den Jahren 2007/08 ein. Auf einmal lohnte es sich, in Land zu investieren. Und neben bekannten Firmen des Agrobusiness hat das neue Szenario auch neue Akteure auf den Plan gerufen. „Ich bin davon überzeugt, dass landwirtschaftliche Flächen eine der besten Investitionen unserer Epoche sein werden“, sagte beispielsweise Milliardär George Soros im Jahr 2009, dessen Firmen in verschiedenen Kontinenten im Landgeschäft engagiert sind. Auch andere Investment- und Rentenfonds engagieren sich neuerdings in diesem Bereich. Hinzu kommen wichtige neue Investoren aus den reichen Ölstaaten, aber auch aus China und Indien. Sie mussten in der Krise erkennen, dass ihre Nahrungsmittelimporte unsicher geworden sind und sie deshalb mit Großprojekten in Afrika, Lateinamerika oder der Ukraine vorsorgen wollen.

Opfer des Investitionsbooms in Land und Agrarproduktion sind just die Personen, die schon in der Vergangenheit am meisten unter Hunger und Unterernährung gelitten haben: die in Armut lebende Landbevölkerung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, also Kleinstbauern, Landlose, Nomaden, indigene Bevölkerungsgruppen, Fischer - in allen Gruppen sind Mädchen und Frauen besonders betroffen. Es mutet auf den ersten Blick paradox an, doch drei Viertel der chronisch unterernährten Menschen leben in Gebieten, in denen vor allem Nahrungsmittel produziert werden. Aber die Existenz von Menschen in ländlichen Regionen armer Länder, die nicht genug Zugang zu Land und Wasser haben, um selbst ausreichend Nahrung anbauen zu können, hängt von meist instabilen Jobs in Plantagen ab, für die in der Regel nur „Hungerlöhne“ gezahlt werden.

Das Problem der chronischen Unterernährung ist nicht in erster Linie eine Frage der Produktion – die Welt produziert ausreichend Nahrung, um alle Menschen weltweit adäquat zu ernähren. Es ist eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. In Armut lebende Menschen können sich die Nahrung schlichtweg nicht leisten. In akuten Krisensituationen wie derzeit am Horn von Afrika treffen spezifische Bedingungen zusammen, die auch einen regionalen Nahrungsmittelmangel aufkommen lassen.

Der alltägliche, schleichende Hunger verläuft meist außerhalb unserer Schlagzeilen. Die Zahl von gut 800 Millionen Menschen, die abends hungrig zu Bett gehen, begleitete seit vielen Jahren die FAO-Berichte zur Ernährungssituation auf der Welt, ohne dass dies viel Aufsehen erregte. Vor zwei Jahren dann aber doch ein Aufschrei: Die Zahl der Hungernden war auf über eine Milliarde gestiegen. Mit dem anschließenden, vorübergehenden Preisrückgang fiel sie wieder unter diese magische Grenze, um sich dieser angesichts zurzeit erneut steigender Preise wieder anzunähern.

Das Landgrabbing befördert ein eigentlich überwunden geglaubtes Entwicklungsmodell der quasi-kolonialen Landnahme und der Konstruktion riesiger Agrarproduktionseinheiten. Diese schaffen nur wenige Arbeitsplätze, tendieren wegen ihrer monokulturellen Ausrichtung zu hohem Pestizid- und Wassereinsatz und orientieren sich an den Bedürfnissen der „Mutterländer“, und nicht ihrer Standorte. „Viele Investitionen blieben hinter den Erwartungen zurück“, resümiert eine Weltbankstudie vom Mai. „Sie haben, anstatt tragfähigen Nutzen zu liefern, die lokale Bevölkerung schlechter dastehen lassen, als es ohne die Investition der Fall gewesen wäre.“

Was nötig ist – und da sind sich Wissenschaftler wie Entwicklungspraktiker weitgehend einig – ist eine Investition in die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Sie hat enorme Potenziale für die konkrete Hungerbekämpfung zugunsten der in Armut lebenden ländlichen Bevölkerung und auch für die Versorgung der städtischen Bevölkerung. Leider wird dies bislang viel zu wenig in politischen und ökonomischen Entscheidungen berücksichtigt.

Oxfam fordert deshalb im Rahmen seiner globalen Mahlzeit-Kampagne einen radikalen Neuanfang in der Nahrungs- und Agrarpolitik. Eine wichtige Voraussetzung wäre hierbei ein Moratorium für große Landtransaktionen, bis klare Richtlinien zu einer verantwortungsvollen Handhabung von Landzugangsrechten auf internationaler Ebene entwickelt sind. Innerhalb der FAO wird hieran engagiert gearbeitet. Die Beteiligung der lokalen Bevölkerung in diesen Prozessen ist ebenso unverzichtbar wie ein effizienterer Schutz ihrer Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Engagement mächtiger internationaler Unternehmen.

Wir selbst müssen uns allerdings auch fragen, ob nicht angesichts der Vorgaben der Europäischen Union, bald zehn Prozent ihres Treibstoffs aus nachwachsenden Rohstoffen bereitzustellen, unser Umweltbewusstsein ohne Beachtung der sozialen Realitäten in vielen Entwicklungsländern großen Schaden anrichtet. Denn der Agrosprit scheint das wichtigste Einzelmotiv für Landgrabbing zu sein.

Last, not least geht es aber darum, die soziale und ökologische Funktion von Land klarer zu definieren. Land ist die Basis für die Ernährung, für eine tragfähige Entwicklung von Mensch und Umwelt. Von daher ist Land keine Ware wie jede andere, sondern bedarf eines besonderen Schutzes und besonderer Aufmerksamkeit.

Den Bericht „Land and Power“ finden Sie hier:
www.oxfam.de/land-and-power